

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt



GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 5. MAI 2021, NR. 103 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Meiler vor Sturm

AKW Grohnde und Unterweser:
5 Beschäftigte protestieren für Betriebsübergänge und Tarifreue

Modi ohne Fortune

Regionalwahlen Indien: Verluste für Hindu-Nationalisten. In Kerala bleibt marxistisches Bündnis
7

Impfstoff für Insel

Fünf Vakzine in Erprobung: Die kubanische Wissenschaft rettet trotz der Blockade Leben
10

Verweigerung mit Folgen

Am 5. Mai 1981 starb der IRA-Aktivist Bobby Sands an den Folgen eines Hungerstreiks
12



Rechtes Netzwerk? Der Tatverdächtige kam an interne Informationen aus Polizeidatenbanken

IMAGO IMAGES/SHOTSHOP/MONTAGE JW

Polizei präsentiert Einzeltäter

Verdächtiger im Fall »NSU 2.0« festgenommen. Hessens Innenminister Beuth sieht Behörde entlastet. Linke-Politiker fordern lückenlose Aufklärung. **Von Kristian Stemmler**

Die Meldung kam am Dienstag kurz nach Mitternacht in Form einer dünnen Presseerklärung. Im »Ermittlungskomplex NSU 2.0« sei in Berlin am Montag ein Mann festgenommen worden, teilten Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main und das Hessische Landeskriminalamt knapp mit. Der 53 Jahre alte erwerbslose Deutsche stehe in »dringendem Verdacht«, seit August 2018 Drohschreiben unter dem Absender »NSU 2.0« verschickt zu haben. Mehr als 115 dieser Schreiben mit Morddrohungen und Beleidigungen waren seither an Personen des öffentlichen Lebens, etwa an die heutige Linke-Kovorsitzende Janine Wissler, die Frankfurter Anwältin Seda Basay-Yildiz und die Kabarettistin Idil Baydar, gegangen. Die Festnahme, die nach Informationen des *Tagespiegel* im Stadtteil Wedding erfolgte, ist der erste vermeldete Erfolg nach zweieinhalb Jahren. Sie wurde nur wenige

Stunden vor der diesjährigen Pressekonferenz des Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU) zur »politisch motivierten Kriminalität« am Dienstag vormittag vollzogen. Laut Mitteilung der Behörden ist der Festgenommene sei »in der Vergangenheit« wegen zahlreicher – unter anderem auch rechtsmotivierter – Straftaten rechtskräftig verurteilt worden. Auf seine Spur hätten »sehr aufwendige und zeitintensive« Ermittlungen geführt. Die Ermittler betonten, der Festgenommene sei »zu keinem Zeitpunkt Bediensteter einer hessischen oder sonstigen Polizeibehörde« gewesen. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) nutzte diesen Umstand prompt, um der ihm unterstellten Behörde einen Persilschein auszustellen. »Wenn sich der Verdacht bewahrheitet, können Dutzende unschuldige Opfer sowie die gesamte hessische Polizei aufatmen«, bejubelte er die Festnahme. Die Drohschreiben hätten »einen

sehr schwerwiegenden Verdacht auf die Polizei gelenkt«, nach jetzigem Kenntnisstand sei aber »nie ein hessischer Polizist für die NSU-2.0-Drohmailserie verantwortlich« gewesen. Diesem Versuch der Reinwaschung widersprachen Linke-Politiker. »Dass der festgenommene Faschist niemals Polizist war, aber offensichtlich an Informationen aus Polizeidateien kam, lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass er nicht alleine gehandelt hat«, erklärte Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, gegenüber *jW*. Man müsse jetzt darauf achten, »dass uns nicht vorschnell wieder ein vermeintlicher Einzeltäter auf die Nase gebunden wird, um faschistische Zellen innerhalb der Polizei zu vertuschen«. Die Festnahme sei erfreulich, aufgeklärt erscheine ihr »der Fall damit noch lange nicht«. Das sieht auch Martina Renner so, Sprecherin für antifaschistische Politik in der Linksfraktion. Sie

hält es »für unwahrscheinlich, dass der mutmaßliche Täter allein gehandelt hat«, wie sie gegenüber *jW* erklärte. Zudem seien »unabhängig von der Festnahme« die Fälle, in denen Polizisten widerrechtlich Daten abgerufen hätten oder sich in rechten Chats vernetzten, nach wie vor ein Skandal. Auch Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Hessischen Landtag, verwies auf Verbindungen zur Polizei. Besonders die Mehrfachabfrage von Polizeidaten von Idil Baydar in Berlin und in Wiesbaden sowie die Frage, wie der Täter aus Berlin die neue gesperrte Adresse von Seda Basay-Yildiz erhalten habe, müssten dringend aufgeklärt werden, erklärte er. Er hoffe, »dass jetzt auch endlich Licht in das Dunkel der rechtsextremen und rassistischen Chatgruppe im 1. Frankfurter Polizeirevier, wo alles im August 2018 begann, gebracht werden kann«. ■ Siehe Seite 4

Schwere Gefechte in Afghanistan dauern an

Kabul. Wenige Tage nach dem offiziellen Beginn des Abzugs der internationalen Invasionstruppen aus Afghanistan dauern die Gefechte in dem Land weiter an. Die Taliban griffen in der Nacht zu Dienstag erneut in mehreren Provinzen die Sicherheitsgürtel rund um Provinzhauptstädte oder Kontrollpunkte und Militärbasen an. Verlässliche Angaben zu Opfern gab es bis *jW*-Redaktionsschluss nicht. In Helmand im Süden des Landes werde seit drei Tagen gekämpft, sagte der Provinzrat Ataulah Afghan. Aus dem Flüchtlingsministerium hieß es, rund tausend Familien seien vor den Kämpfen geflohen. In Baghlan im Norden des Landes griffen Taliban eine große Militärbasis im Bezirk Baghlan-i-Markasi an. Provinzräten aus Sabul zufolge gab es zudem die vierte Nacht infolge Gefechte rund um die und in der Provinzhauptstadt Kalat. (dpa/jw)

Bundeskabinett will Coronaregeln lockern



Berlin. Das Bundeskabinett hat am Dienstag beschlossen, ab kommenden Wochenende Beschränkungen im Kampf gegen die Coronapandemie für vollständig geimpfte und genesene Menschen zu lockern. Die entsprechende Rechtsverordnung soll bis Freitag Bundestag und Bundesrat passieren, wie Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) in Berlin sagte. Für die Betroffenen fallen die geltenden Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen weg, in vielen Bereichen werden sie Personen mit negativem Coronatestergebnis gleichgestellt. Geimpfte und Genesene müssen zudem kein negatives Testergebnis mehr vorlegen, wo es in Geschäften erforderlich ist. Außerdem gelten derzeitige Quarantänepflichten nur noch für Menschen, die sich mit einer in der BRD noch nicht verbreiteten Virusvariante angesteckt haben oder nach Einreise aus einem Virusvariantengebiet. (AFP/jw)

Front gegen Beijing

Treffen der G-7-Staaten: Außenminister beraten in London zu VR China

Die Außenminister der G-7-Staaten haben bei ihrem Treffen in London über den Umgang mit der Volksrepublik China beraten. Bei ihren Gesprächen in der britischen Hauptstadt suchten die Minister am Dienstag nach einer gemeinsamen Haltung gegenüber Beijing. Zudem soll der G-7-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im britischen Cornwall vom 11. bis 13. Juni vorbereitet werden. Zum Auftakt ihrer dreitägigen Beratungen am Montag hatten die G-7-Minister bei einem Arbeitsessen über die Konflikte mit dem Iran und der

Demokratischen Volksrepublik Korea beraten. Am Dienstag stand dann China im Zentrum. Der Westen hat Angst vor dem zunehmenden wirtschaftlichen und militärischen Einfluss Beijings. Es gehe den »G 7« nicht darum, China »in Schach oder klein zu halten«, sagte US-Außenminister Antony Blinken dazu bereits am Montag. »Wir versuchen, die internationale regelbasierte Ordnung aufrechtzuerhalten, in die unsere Länder in so vielen Jahrzehnten soviel investiert haben, was nicht nur unseren eigenen Bürgern, sondern den Menschen auf der ganzen Welt zugute

kommt – und übrigens auch China.« Der britische Außenminister Dominic Raab rief die Regierung in Beijing dazu auf, ihre »Verpflichtungen« in bezug auf die Sonderverwaltungszone Hongkong einzuhalten. Zugleich müsse nach »konstruktiven Wegen« gesucht werden, um mit China zusammenzuarbeiten, etwa im Kampf gegen den Klimawandel. Seit dem Beginn der Pandemie hatten die Außen- und Entwicklungsminister der »G 7« nur virtuelle Konferenzen abgehalten, es war das erste persönliche Ministertreffen seit zwei Jahren.

Der Gruppe der »sieben führenden Industrienationen« gehören die USA, Kanada, die BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan an. Zu den Gesprächen in London sind auch Südkorea, Australien, Indien, Südafrika und Brunei, als Vertreter des ASEAN-Verbandes, eingeladen. Die britische Präsidentschaft wolle die »G 7« so noch mehr zu einem »zentralen Forum der großen Demokratien« machen, hieß es. Aus Beijing gab es bis *jW*-Redaktionsschluss kein Statement zu den Äußerungen auf dem Treffen. (AFP/jw) ■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.503 Genossinnen und Genossen (Stand 16.4.2021)
www.jungewelt.de/lpg

